

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 6a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 322 A

BERLIN • Dienstag, den 14. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Ausrottung der Republikaner.

## Die Ausführung des „Vierjahrplanes“ hat begonnen.

Wer. In der heutigen Zeit in Deutschland eine Tageszeitung herauszugeben, die von einer Weltanschauung gelenkt ist, macht weder Vergnügen, noch ist es leicht. Fast der gesamte Inhalt der Zeitung trägt einen rein defensiven Charakter, und zwar den einer Defensive gegenüber einem Angreifer, der von sich aus die Kampfregeln insofern verschoben hat, als gegenüber seinen Maßnahmen freie und offene Kritik nicht erlaubt ist. Die Defensive muß also in einer solchen Zeitung notgedrungen, wenn man nicht überhaupt von Anfang an der Gewalt weichen und die Zeitung aufgeben will, so erfolgen, daß die Sprache auf jenen vorsichtigen Ton abgestellt wird, der drei Viertel dessen, was unter normalen Umständen gesagt werden dürfte, heute nicht sagt. Der Leser muß dementsprechend seine Zeitung heute mit gespitzten Ohren lesen. Er muß — wie Lenin das einmal ausgedrückt hat — eine Arbeiterpresse verstehen können, auch wenn diese „durch die Blume“ spricht, d. h. in jener verfluchten Sprache, zu der aufrechte Menschen in einer Klassengesellschaft fast immer genötigt sind, und in einer offenen faschistischen besonders.

Vor allem aber muß der Leser sich daran gewöhnen, schon durch die Tatsachen allein belehrt zu werden. Nur deshalb lohnt es sich, jeden Tag zu berichten, wieviel Republikaner abgebaut worden sind, wieviel Polizeischikanen gegen Links erfolgen, wieviel Arbeiterversammlungen terrorisiert werden durch amtliche und private Aktionen, wieviel Zeitungen verboten, wieviel politische Zusammenstöße erfolgt sind. Und nur deshalb lohnt es sich auch, in ausführlicher Weise einzugehen auf jeden Schritt der Arbeiterschaft gegen die Reaktion.

Bald nach der Uebernahme der kommissarischen Verwaltung des preußischen Innenministerium hat Göring vor der preußischen Polizei erklärt, er erwarte von denjenigen Polizeibeamten, die nicht gewillt seien, den neuen Kurs mitzusteuern, daß sie das Schiff verließen, ehe es sich in Bewegung setzte. Inzwischen ist er daran gegangen, diesem Ausbootungsprozeß energisch nachzuhelfen.

Es sind beurlaubt bzw. in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden:

Polizeipräsident Barth von Hannover (SPD),  
 Polizeipräsident Maier aus Stettin,  
 Polizeipräsident Meyer aus Duisburg-Hamborn,  
 Polizeipräsident Oexle aus Halle, der der Staatspartei nahestand,  
 Polizeivizepräsident Friedberg aus Halle,  
 Polizeipräsident Krüger (SPD) aus Weißenfels,  
 Polizeipräsident Weyer aus Oberhausen,  
 Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) aus Dortmund,  
 Oberst Quast, Kommandeur der Schutzpolizei in Oberhausen,  
 Polizeioberst Harlinghausen aus Bochum,  
 Landjäger-Major Schäfer aus Wiesbaden,  
 Polizei-Major Seiditz, Kommandeur der Wiesbadener Schutzpolizei.

Göring hat ferner an sämtliche preußische Polizeischulen und Regierungspräsidenten den Befehl ergehen lassen,

die Einberufung der Anwärter für den vierten Lehrgang auf den Polizeischulen sofort einzustellen und ihm eine Liste der bereits einberufenen Polizeianwärter einzureichen.

Die vor einigen Tagen in der Presse umlaufende Meldung, Göring habe hohe Offiziere der preußischen Schutzpolizei in Zwangsurlaub geschickt und sie zugleich aufgefordert, ihr Abschiedsgesuch einzureichen, ist von zuständiger preußischer Stelle in der Form dementiert worden, eine Aufforderung, das Abschiedsgesuch vorzulegen, sei nicht gestellt worden.

Gleichzeitig mit diesem Dementi erhält die „Frankfurter Zeitung“ einen Bericht aus Kassel, den sie — um des Dementis willen — mit Vorbehalt weitergibt. Danach hat der Kasseler Regierungspräsident Friedensburg den Kommandeur der Kasseler Schutzpolizei, Oberstleutnant Agath, mitgeteilt, daß Göring einen Eilbrief gesandt habe, in dem es heißt,

daß Agath nicht mehr das Vertrauen des preußischen Innenministeriums besitze; er sei mit sofortiger Wirkung beurlaubt und möge in kürzester Frist seinen Abschied einreichen.

## Das politische Fieber rast. / 8 Tote.

Bensheim (an der Bergstraße). Am Sonnabend nachmittag Schlägerei zwischen fünf auswärtigen Nazis und einigen Bensheimer Kommunisten. Ein Nazi, der zu Boden geworfen worden sein soll, fing an, zu schießen; ein anderer Nazi schoß ebenfalls. Von den etwa zwölf Schüssen traf einer den

zufällig vorbeigehenden unbeteiligten May. Tödlicher Brustschuß.

Berlin-Friedenau. In der Nacht zum Sonntag traten einige Gäste aus dem „Reichsbanner“-Lokal an der Varziner-, Ecke Laubacher Straße. Da wurde das Lokal von der Straße her beschossen. Der 51jährige Bauarbeiter Arras durch Lungenschuß lebensgefährlich verletzt.

Berlin-Lichtenberg. In der Nacht zum Sonnabend stürzte atemlos ein Mann zu einem am Augustplatz patrouillierenden Schupomann, legitimierte sich als SS-Mann und sagte, er würde von zwei Bewaffneten verfolgt. Schon erschienen die beiden Verfolger, nahmen hinter Bäumen Deckung und warteten, Pistolen im Anschlag. Der Pölibeamte feuerte, und der eine der beiden Verfolger, Lechler, brach mit einem Bauchschuß zusammen. Der andere warf die Pistole fort und floh. Beide Waffen sind beschlagnahmt worden. Die politische Polizei hat festgestellt, daß sowohl der Verfolgte wie die Verfolger der NSDAP angehören.

Bochum. In der Nacht zum Sonntag erschöß ein Polizeileutnant den 25jährigen Dreher Krucke.

Dieser war mit Bekannten aus einem Lokal gekommen. Die Gruppe stieß auf der Straße mit zwei Polizeileutnants in Zivil zusammen. Tötlichkeiten ohne vorherigen Wortwechsel. Der eine Offizier schoß. Er ist dem Amtsgericht zugeführt worden.

Braunschweig glich am Sonnabend und Sonntag, besonders in den Arbeiterstraßen der Innenstadt, einem Heerlager. Polizei, wohin man sah; in großen Trupps und kleinen Gruppen, alle mit Karabinern. Die Arbeiterstraßen stehen schon am Sonnabend unter schärfster polizeilicher Bewachung. Der Grund? Die Nazis feierten am Sonntag eine Kreistagung. Nachmittags ein Sternmarsch nach dem Wollmarkt, dem Zentrum des Arbeiterviertels der Innenstadt, dem gewohnten Sammelpunkt kommunistischer Demonstrationen. Hier begann die Provokation. Gemeinsam mit dem „Stahlhelm“ demonstrierten SA, SS und Hitler-Jugend, im ganzen etwa 5000 Mann einschließlich der Kinder, durch die fast nur von linken Arbeitern bewohnten Straßen, wie Lange-, Friesen-, Kaiserstraße und Klint.

Was man den Bewohnern dieser Straßen an Polizeischikanen und Grobheiten bot, stellt selbst für Braunschweiger Verhältnisse alles bisher Dagewesene in den Schatten. Schon stundenlang vorher wurden die Straßen teilweise für jeglichen Verkehr mit der Außenwelt abgeriegelt. Kein Fenster, keine Tür durfte geöffnet werden, niemand durfte sich am Fenster aufhalten. Die Anwohner waren buchstäblich Gefangene in ihren Wohnungen.

Besonders schlimm trieb es die Polizei in der Kaiserstraße. Irgendwo öffnet sich ein Fenster — schon knallen einige Schüsse in die Höhe. So ging das stundenlang. Ähnlich auch in der Ritterstraße und am Klint, wo die Polizei ebenfalls auf die sich friedlich in ihren Wohnungen aufhaltenden Anwohner schoß.

Als Opfer dieser Schießerei werden bisher gemeldet: ein Lehrling in der Kaiserstraße (Oberschenkelschuß); zwei Frauen am Klint, die das Fenster geöffnet hatten (Schußverletzungen).

O. B.

Agath hat angeblich abgelehnt, er sei nicht in der Lage, der an ihn gestellten Forderung Folge zu leisten und sehe einer anderen Entscheidung des Ministers entgegen.

Auch in den Kreisen der preußischen Regierungspräsidenten wird aufgeräumt:

Regierungsvizepräsident Bier (SPD) aus Köln,  
 Regierungspräsident Ehrler von Wiesbaden,  
 Regierungspräsident Friedensburg von Kassel,  
 Regierungsvizepräsident Corneel von Merseburg sind beurlaubt, bzw. in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

## AUS DEM INHALT:

**Reaktion auch in Frankreich.**  
**Polizei schützt Nazi-Terror.**  
**Ein französischer Gewerkschaftsführer zur politischen Lage.**  
**Nordwolle-Enthüllungen.**  
**„Gelbe“ als Unternehmerknechte.**

Dortmund-Asseln. Der Kommunist Bernekau begegnete am Sonntag mittag einem Trupp uniformierter Nazis. Schimpfen.

Ein Nazi sprang aus dem Zuge und erstach den Bernekau. Der Täter unbekannt. Die Polizei hat den Zug gestellt und nach Waffen durchsucht. Kein Ergebnis. (TU.)

Eisleben. Etwa 600 SA- und SS-Leute veranstalteten am Sonntag einen Umzug, der durch den Breiten Weg an dem KPD-Haus vorbeiführte. Das Haus enthält die Geschäftsstelle, eine Buchhandlung und eine Turnhalle der Roten Turner. Bisher liegt uns nur die TU-Meldung vor, nach der der SA-Zug vom KPD-Haus her beschossen worden sein soll. Darauf gingen die Nazis gegen das Haus vor und stürmten es. Dabei grauenhafte Schießerei im Hause, in der Turnhalle, auf der Straße. Nach den bisherigen Meldungen

drei Tote (davon zwei SA-Leute) und etwa 20 Schwerverletzte. Unter den Verletzten ist der kommunistische Landtagsabgeordnete Koenen, der ein Auge verloren hat.

Er ist als Rädelführer in einer Haftzelle des Eislebener Krankenhauses untergebracht. Ein Polizeibericht liegt noch nicht vor. Bei der Schießerei war nur wenig Polizei zur Stelle.

Hecklingen (Anhalt). Am Sonnabend wurde der 27jährige Nazi Cieslik, als er mit einigen Pg. von einer Kundgebung nach Hause ging, durch einen Kopfschuß getötet. Ueber den Täter ist noch nichts bekannt.

Köln. Am Freitag abend, während der Uebertragung der Hitler-Rede aus dem Sportpalast Steinbombardement auf das Haus des Westdeutschen Rundfunks. Zertrümmerung vieler Fensterscheiben.

Leutmannsdorf (bei Striegau, Schlesien). Gelegentlich eines Anmarsches zu einem Nazitreffen in Striegau am Sonntag wurde

der nationalsozialistische Scharführer Ertel aus Wüstegiersdorf bei einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern erschossen. Näheres noch unbekannt.

Mannheim. Am Freitag abend im Nationaltheater von Nazis Stinkbomben und Knallerbsen geworfen. Moissi spielte in Shaws: „Zu wahr, um schön zu sein“, Kurze Unterbrechung. Polizei entfernte die Ruhestörer. Nachher um so stärkerer Beifall, als Moissi Sätze gegen den Krieg sprach. Sprechchöre uniformierter Nazis vor dem Theater.

Schließlich wird auch die Kunst nationalsozialistisch gesichert:

Der Dramaturg des Berliner Staatstheaters, Albert Patry, ist gegen seinen Willen in den Ruhestand versetzt worden. An seine Stelle tritt der Schriftsteller Hanns Johst, der seit einiger Zeit in nationalsozialistischen Zeitungen Theaterstücke unter nationalsozialistischem Gesichtswinkel kritisiert hat. Die bisher vakante Stelle des Intendanten am Staatstheater ist dem bisherigen Generalintendanten des Weimarer Theaters überwiesen worden.

# Die Reaktion in Frankreich auf dem Vormarsch.

## Die Finanzvorlage in der Kammer.

H. M. Seit Sonnabend berät die französische Kammer fast ununterbrochen den Finanzplan. Der heißeste Kampf entbrannte um den Artikel 83: die Einführung einer Krisensteuer, die an Stelle der Kürzung der Beamtengehälter vom Finanzausschuß vorgeschlagen wurde. Eine große Reihe von Rednern protestierte aus den verschiedensten Gründen gegen diese neue Belastung. Schließlich erklärte sich die Regierung bereit, den Artikel zu verändern und begann Verhandlungen mit der Sozialistischen Fraktion. Daladier forderte, daß alle Beamten und Angestellten der großen Verwaltungsinstanzen, mit einem Gehalt von mehr als 20 000 Francs im Jahre, die Steuer zahlen sollten. Léon Blum dagegen wollte, daß die Steuer auf alle Steuerzahler umgelegt werden sollte. Als die Frage dann in einer Sitzung der Sozialistischen Kammerfraktion erörtert wurde.

sprach sich diese mit 45 gegen 20 Stimmen gegen die Forderungen Léon Blums und für Unterstützung der Regierung aus.

Am Sonntag wurde Blum noch einmal mit 25 gegen 18 Stimmen überstimmt.

## Daladier in Gefahr.

Daß die koalitionsfreundliche Rechte der Sozialistischen Partei (die in der Fraktion viel stärker vertreten ist, als in der Partei) hier die Ueberhand gewonnen hat, ist weitgehend auf die steigende Gefahr des Sturzes Daladiers und des Zustandekommens einer Konzentrationsregierung zurückzuführen. Wenn Daladier, der von den Führern der Radikalsocialisten am weitesten links steht, es nicht fertig bringt, sich mit den Sozialisten zu einigen, so scheint es unvermeidlich, daß sein Nachfolger einer der rechtsstehenden Radikalsocialisten wird, der sich mit den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten verbündet. Als Führer einer solchen Regierung wird allgemein Herriot betrachtet, besonders seit der Rede, die er nach der Regierungserklärung Daladiers gehalten hat, und die fast von der gesamten Rechten mit Beifall entgegengenommen wurde.

## Außerparlamentarische Manöver der Reaktion.

Daß es bald zum Sturz der Regierung kommt, scheint besonders angesichts des außenparlamentarischen Drucks, den die Reaktion auf die Regierung ausübt, wahrscheinlich zu sein. Schon einmal (1926) wurde in Frankreich eine linke Regierung, die Regierung Herriot, durch derartige außerparlamentarische Manöver gestürzt. Immer weitere Kreise des Bürgertums, die gar kein Interesse an dem Sturz der Regierung haben, werden von der Reaktion in Aktionen zum Protest gegen die Finanzvorlage hineingezogen. Hier nur einige Beispiele solcher Aktionen. Von anderen, z. B. der Bauerndemonstration in Paris, haben wir bereits berichtet.

Ein „Ausschuß für wirtschaftliche Gesundheit“ hat in Paris zu einem Streik der kleinen Geschäftsleute aufgerufen. Am nächsten Freitag von 12 bis 19 Uhr sollen — der Parole zufolge — alle Läden und Geschäfte geschlossen werden. In anderen Orten, z. B. in Lille, wurde beschlossen, diesen Streik mitzumachen. Dort wollen die Geschäftsleute sogar den ganzen Tag über streiken. Am Sonntag fanden in allen Teilen Frankreichs Protestkundgebungen statt. In Toulouse haben über 4000 Kaufleute und Industrielle eine Protestkundgebung gegen neue Steuern veranstaltet, und in einer dem Präfekten überreichten Erklärung mit dem Steuerstreik gedroht. Vertreter von Handel und Industrie haben Daladier mit ähnlichen Maßnahmen gedroht.

## Die Bedrohung der französischen Arbeiterschaft durch Hitler.

Daß es der Reaktion gelingt, eine derartig ausgedehnte Protestbewegung zustandezubringen, ist weitgehend auf die Ereignisse in Deutschland zurückzuführen. Seit Hitler deutscher Reichkanzler ist, haben sich die Aussichten der französischen Arbeiterschaft, im Kampf gegen die vorstoßende Reaktion den Sieg davonzutragen, erheblich verschlechtert. Zu sehr ist das Bürgertum davon überzeugt, daß die deutsche Regierung keine Verständigung wünscht und daß ihr eine energische französische Regierung entgegentreten müsse. Das vor einem Krieg bangende Bürgertum fühlt sich sicherer, wenn es von Männern regiert wird, die jeden Gedanken an Abrüstung ablehnen.

## Ein Genosse.

Ich habe ihn wiedergesehen. Auf einem Kurs in der Gewerkschaftsschule kam plötzlich ein Genosse auf mich zu und reichte mir die Hand. Ich erkannte ihn nicht, dachte, es sei vielleicht irgend ein Kollege, den ich einmal auf dem Bauplatz getroffen habe. „Du weißt nicht, wer ich bin?“, und er kam dicht heran und sagte mir leise seinen Namen ins Ohr. Es fiel mir schwer, meine Freude zu verbergen. Das war der Genosse, der mich bei der Durchfahrt durch Genf am Zuge erwartete. In der halben Stunde meines Aufenthaltes erzählte er mir, eben von einer großen Antikriegskundgebung gekommen, von seiner Tätigkeit im Bauarbeiterverband: wie er diese Gewerkschaft zu einer Macht entwickelt hatte. Seine Worte blieben mir immer im Gedächtnis: „3000 Mitglieder in drei Jahren, zehn Streiks, alle gewonnen ...!“

Und jetzt war er hier. Viel hatten wir uns zu erzählen: „Die Ereignisse in Genf ...“

Wir verabredeten uns und trafen bei einem Genossen zusammen, der diejenigen, die ein sicheres Asyl brauchen, immer bei sich aufnimmt.

„Ich arbeite jetzt als Erdarbeiter bei der U-Bahn“, erzählte er. „Drei Tage nach meiner Ankunft verschafften sie mir Arbeit. Das ist Solidarität.“

„Bleibst du lange hier?“

„Nein, zum Prozeß fahre ich wieder nach Genf. Sie haben mich lange gesucht. Als ich sah, daß es mit dem Generalstreik zu Ende war, ging ich über die Grenze. Ich will aber nach Genf zurück.“

„Gefängnis?“

„Das wird es wohl geben, wahrscheinlich ein Jahr. — Ja, mit einem Jahr rechne ich. ... Weißt du, ich arbeite da jetzt seit zehn Jahren, ich beginne, Ergebnisse der Arbeit zu sehen: eine feste Gewerkschaft, einen Kern zuverlässiger Genossen. Ich möchte das nicht so einfach gehen lassen. Daß ich hier

## Die Notwendigkeit der Einheitsfront.

Hier zeigt sich, daß die Verantwortung deutscher Arbeiterführer weit über die Grenzen der deutschen Arbeiterbewegung hinausgeht: Wenn in Deutschland die Einheitsfront zustandekommt und der Faschismus geschlagen wird, dann ist auch das französische Proletariat in weit geringerem Maße von der Reaktion bedroht. Das gilt nicht nur in bezug auf die Furcht des Bürgertums, das dann nicht mehr von einer reaktionären Regierung größere Sicherheit erwarten würde. Es gilt auch in bezug auf das Vertrauen der Arbeiterschaft zu seinen Kampforganisationen, vor allem zu den Gewerkschaften. Mit wieviel mehr Kraft könnten die französischen Arbeiterorganisationen gegenwärtig ihren Kampf gegen die Vorstöße der Reaktion führen, wenn sie auf die mächtige Abwehr des Faschismus durch die deutsche Arbeiterschaft hinweisen könnten. Immer wieder wird den französischen Sozialisten das Versagen ihrer deutschen Genossen vorgeworfen!

Darüber hinaus zeigt sich immer deutlicher, wie eng der Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und in Frankreich ist, wie notwendig es darum ist, daß der Kampf der deutschen und französischen Arbeiterschaft, der um gemeinsame Interessen geht, auch gemeinsam geführt wird. Wir brauchen die Einheitsfront gegen den Faschismus. Darum fort mit der Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft durch getrenntes Vorgehen verschiedener Parteien, fort mit der Zersplitterung der Kräfte durch den Mangel an internationaler Verständigung.

## Japan in Genf diplomatisch unterlegen.

Der Genfer Neuner-Ausschuß (bestehend aus Vertretern Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und der Tschechoslowakei) hat am Sonnabend seinen abschließenden

Bericht über den Fernost-Konflikt fertiggestellt.

Der Bericht übernimmt wörtlich die zehn „Grundsätze“ des Lytton-Berichts, vor allem den in den letzten Wochen umstrittensten Grundsatz 7, nach dem die Regierung in der Mandschurei in der Weise abgeändert werden soll, daß die drei mandchurischen Provinzen weitgehend eine autonome Verwaltung bekommen, jedoch so, daß die Souveränität Chinas und die Kontrolle der Verwaltung durch China gewahrt bleiben. Aus dieser Forderung folgt die

Nichtanerkennung des Mandschukuo-Staates. Der Bericht stellt fest, daß die Mitgliedstaaten des Völkerbundes in dieser Nichtanerkennung einig seien, und empfiehlt, an die Nichtmitgliedstaaten mit der Aufforderung heranzutreten, sich der Nichtanerkennung Mandschukuos anzuschließen.

Ferner hebt der Bericht hervor, daß für die Ereignisse seit dem 18. September 1931 China nicht die Verantwortung trage.

Schließlich schlägt der Bericht die Einsetzung eines internationalen Ausschusses vor, der „an Ort und Stelle“, also in der Mandschurei, tagen soll. Rußland und die USA sollen eingeladen werden, sich an diesem Ausschuß zu beteiligen. Die Beurteilung dieses Vorschlags (einen solchen Ausschuß einzusetzen) hängt wesentlich von den Befugnissen ab, die der Ausschuß bekommt. Das aber geht aus den vorliegenden Meldungen nicht klar hervor.

Infolge der seit einiger Zeit zu Ungunsten Japans veränderten Haltung Englands vertritt dieser Bericht im wesentlichen den chinesischen Standpunkt.

Am Montag nimmt der Nounzehner-Ausschuß zu dem Bericht Stellung. Nach dem Beschluß dieses Ausschusses vom vergangenen Montag ist zu erwarten, daß der Bericht ungeändert angenommen wird, sodaß er bereits in dieser Woche der Vollversammlung vorliegen wird.

Inzwischen hat die japanische Regierung auch auf die beiden Fragen geantwortet,

die der Nounzehnerausschuß als Bedingungen für weitere Schlichtungsverhandlungen gestellt hatte.

nicht bleiben kann, weißt du ja. Zweimal bin ich schon über die Grenze abgeschoben worden. Hier kann ich auch nicht ordentliche Gewerkschaftsarbeit leisten, ich muß mich jetzt ja so in acht nehmen.“

Wir sprachen über die Ereignisse vom 9. November und den darauffolgenden Tagen in Genf. Außer uns beiden saßen am Tisch noch einige Genossen, darunter die Frau meines Genfer Freundes, die am Tage zuvor aus Genf angekommen war. Die anderen hatten gewiß die Schilderung der Demonstration und der Organisation des Generalstreiks schon oft gehört. Trotzdem hörten sie gespannt und voll Bewunderung den Erzählungen des Genossen zu. Der alte Genosse, in dessen Wohnung wir versammelt waren, unterbrach ihn manchmal: „Und vergiß auch das nicht ...“ oder „Nachher kam das ...“. Er wußte schon gut Bescheid, als hätte er alles miterlebt. Einige Male sagte die Frau plötzlich: „Das wußte ich gar nicht“. Dann lächelte er und fuhr in seinem Bericht fort.

Ich hoffe, daß diese Geschichte eines Tages aufgeschrieben wird. Sie ist so lehrreich, zeigt so deutlich, welche Angst Genossen, die führende Posten in der Schweizer Arbeiterbewegung bekleiden, vor der Empörung der Arbeiterschaft haben, die jeden Tag zum Generalstreik bereit ist.

Lange sprachen wir darüber, welches die Ursachen dieser Angst sind.

„Du hast schon recht“, sagte er, „kühne Menschen gibt es wenig. Die wenigen zu finden, ist schwer. Ich habe versucht, einen Kern mutiger Menschen in meinem Verband zu schaffen. Darum ist es uns auch gelungen, uns einen der ersten Plätze in der Genfer Arbeiterbewegung zu erringen, darum haben wir auch den Generalstreik durchführen können!“

Ueber Bauplätze sprachen wir noch und über Arbeitskollegen.

„Ich trinke keinen Alkohol“, sagte er. „Einmal arbeitete ich auf einem Bauplatz, in einer Mannschaft von 60. Als ich am ersten Tag mit meiner Thermosflasche mit Milch ankam,

## Herriot streckt weitere Fühler nach Moskau.

Nachdem Herriot alle Hoffnung auf Verständigung mit Deutschland und Italien aufgegeben hat, bemüht er sich in steigendem Maße um die Verständigung mit Sowjet-Rußland. In einem Artikel im „Petit Provençale“ schreibt er, wenn die französische und die russische Republik sich dahin einigen könnten, den Friedensvertrag, den sie unterzeichnet haben, auch auf die anderen Staaten auszudehnen, so würde dies angesichts der gefährlichen Intrigen einen Schritt von größter Bedeutung darstellen. Die Zukunft werde zeigen, ob es möglich sei. Im Augenblick habe die kritische Lage des Völkerbundes ihren Höhepunkt erreicht. Frankreich habe deshalb die Pflicht, die Augen offen zu halten und zu wachen.

Ueber die Entsendung von Militärattachés von Paris nach Moskau und umgekehrt herrscht allerdings beim französischen Generalstab keine unbedingte Freude: Es wird dort befürchtet, daß die Anwesenheit eines militärischen Elements bei der Pariser russischen Botschaft eine zusätzliche Gefahr für die Geheimnisse der französischen Landesverteidigung mit sich bringen könne, abgesehen von der Gefahr einer verstärkten kommunistischen Propaganda bei den französischen Streitkräften.

## Die Erwerbslosen-Armee in den USA.

Nach der Schätzung der Vereinigung zur Erforschung des Arbeitsmarktes waren in den Vereinigten Staaten im November 1932 etwa 17 Millionen Personen arbeitslos, ein Drittel aller „Beschäftigten“. 42 Prozent aller Lohnempfänger seien erwerbslos.

Erste Frage: ob die japanische Regierung gewillt sei, die Oberhoheit Chinas über die drei Provinzen anzuerkennen. Antwort (nach amtlicher Meldung aus Tokio vom Sonntag): Japan habe die Mandschurei rechtlich anerkannt und denke nicht daran, seine Stellungnahme in dieser Frage zu ändern. Die Beschlüsse des 19er-Ausschusses über die Mandschurei hätten daher für die japanische Regierung keine Bedeutung. Das ist deutlich!

Zweite Frage (mündlich gestellt und mündlich beantwortet): ob Japan bereit sei, die militärischen Aktionen einzustellen. Antwort: die Anwesenheit chinesischer Truppen in Jehol mache es unmöglich, daß die Japaner ihre militärischen Bewegungen einstellen; sonst könnten die Chinesen in die Mandschurei einfallen. Auch diese Antwort ist deutlich.

An weitere Schlichtungsverhandlungen ist also kaum mehr zu denken. Es wird also in nächster Zeit um die Frage gehen, wie der Völkerbund seinen Beschlüssen gegen Japan Geltung verschaffen wird.

Japanische Fernziele. Eine Gruppe ehemals regierender mongolischer Fürsten, die sich begreiflicher Weise in der jetzigen sowjetfreundlichen mongolischen Volksrepublik nicht wohl fühlen, haben der mandchurischen Regierung eine Denkschrift zukommen lassen, in der sie sich für den Anschluß an Mandschukuo aussprechen. Offenbar handelt es sich um „Fürsten“, die in der Mandschurei leben; denn die mongolischen Sowjets würden wohl solchen Denkschrift-Vorfassern einen kurzen Landesverrats-Prozeß machen. Die mongolische Volksrepublik (Sitz Ulan-Bator) wird von der Mandschukuo-Regierung nicht anerkannt.

Wie stark ist das japanische Heer in der Mandschurei? Es wurde Ende Januar auf 40 000 Mann geschätzt (außer angesiedelten bewaffneten Reservisten und Polizei) und soll bis Ende März auf 57 000 Mann vermehrt werden. So urteilen auswärtige Militärs in Tokio.

Zahlreiche Menschen wurden durch japanische Fliegerbomben, abgeworfen über Fusin (Jehol), getötet.

Mandschurisches Kriegsgericht verurteilt chinesischen General zum Tode. Der ehemalige Kommandeur der chinesischen Truppen an der ostchinesischen Bahn, General Tinschao, hat sich nach einer 15 monatigen Flucht durch die nordmandschurischen Berge den Mandschukuo-Behörden gestellt. Ein mandschurisches Kriegsgericht hat ihn wegen seines Widerstandes gegen das Mandschukuo-Regime zum Tode durch Erschießen verurteilt.

lachten manche von ihnen, rissen dumme Witze. Zwei Monate später kamen 40 Genossen anstatt mit ihrer Flasche Wein mit Milch, Kaffee oder Tee zur Arbeit.“

Es war spät geworden. Wir verließen das Haus, gemeinsam, trennten uns aber vor der Tür sofort, um der Polizeistreife nicht aufzufallen.

rb.

## Katholisches!

H. Lt. Auf dem Frauenberg in Fulda steht eine Klosterkirche, die am Eingang einen Bücherstand des St. Franziskus-Männerordens aufweist. Der Bücherstand ist unbewacht. Auf der Vorderseite der Traktätchen finden wir den Preis verzeichnet. Ein Anschlag empfiehlt den Bücherkunden, das Geld in einen aufgestellten Kasten zu werfen. Doch man traut nicht ganz. Deshalb mahnt ein Zettel:

„An  
fromme Diebe:  
Erhört der Herrgott  
Gebete  
aus  
gestohlenen Büchern  
? ? ?“

Eines der Traktätchen erzählt mit kirchlicher Druckerlaubnis „Vom jungfräulichen Stande“. Es beginnt:

„Unter Jungfrauen versteht man jene Personen sowohl männlichen als weiblichen Geschlechtes, welche freiwillig gelobt und beschlossen haben, lebenslanglich ehelos zu bleiben ...“ (Sperrungen von der Redaktion.)

Danach auf Seite 6:

„Regeln und Mittel zur Bewahrung der jungfräulichen Reinigkeit.“

Eine dieser Regeln heißt:

„Gib keiner Person des andern Geschlechtes ohne Not deine Hand. (St. Hieronymus).“

„Freiwillige Rücksicht auf den Koalitionspartner.“

Die Sorge im schwarz-weiß-roten Lager.

Hugenberg auf der deutschnationalen Kundgebung im Sportpalast (Berlin):

„Es hängt alles davon ab, daß die rettenden Kräfte... unter einander einig und in dem Verträge bleiben, den sie mit einander geschlossen haben. Wer etwa davon reden sollte, daß das nur ein Uebergangszustand sei, der bald einer anderen Machtverteilung weichen werde, der versündigt sich an deutschen Volke, der ruft die bisher waltenden, zerstörenden Kräfte wieder auf den Plan. Er wäre der Vater des Chaos und des deutschen Bolschewismus, der,

wenn auch noch so national,

Deutschland zerstören würde. Denn Deutschland ist nicht Rußland.“

Papen befaßte sich in seiner Rede, die er auf der gleichen Kundgebung hielt, mit ähnlichen Gedanken, nur daß er die Sorge um die Koalitionspartner der NSDAP in eine optimistischere Form kleidete:

„Jede Partei ist irgend wie ein Staat im Staate, der dazu neigt, andere vom Staate auszuschließen. Diese begreifliche Neigung gilt es, um des Ganzen willen, das in dieser Notstunde erfaßt werden soll, zu unterdrücken. Die Unterdrückung ist am mühelosesten, wenn sie in freiwilliger Rücksicht auf den Koalitionspartner geschieht. Gerade in dieser Blickrichtung weiß ich das Opfer zu würdigen, welches der Führer der größten deutschen Partei und Bewegung, der jetzige Chef der Regierung der nationalen Sache, gebracht hat. Die von ihm geformte Volksbewegung sichert unserer Regierungsarbeit stärksten Widerhall und eine solide Grundlage. Andererseits ermöglicht die heutige Regierungskoalition die Einschaltung verschiedener Führerschichten in den Staat. Gerade die traditionsreichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei und des „Stahlhelm“ können wir dabei nicht entbehren.“

Wie lange wird Hitler die Rolle spielen, die ihm hier zugeordnet ist?

Einheitsliste nationaler Parteien.

Nach dem Korb, den die Deutschnationalen dem um ein nationales Sammelbecken bemühten Papen gegeben haben, haben sich die Deutsche Volkspartei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die Deutsche Bauernpartei zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag aufzustellen. Alle selbständigen Kreiswahlvorschläge dieser Parteien sollen der gemeinsamen Reichsliste angeschlossen werden. Da die Deutsch-Hannoveraner dem Christlich-Sozialen Volksdienst angeschlossen sind und das Deutsche Landvolk voraussichtlich mit dem Bauernbund zusammengehen wird, so rechnet man damit, auch die Stimmen dieser beiden Gruppen für den nationalen Block zu gewinnen.

Die Deutsche Volkspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst haben die gleiche Abmachung für die preußischen Landtagswahlen getroffen.

Im oldenburgischen Landtag kam es am Freitag zu Tumultszenen. Auf den Zwischenruf eines Sozialdemokraten hin, in dem die Nazis eine Beleidigung Hitlers sahen, stürzte ein Nazi zu den Sozialdemokraten hinüber und versetzte dem Sprecher einen Schlag vor die Brust. Eine allgemeine Schlägerei der beiden Fraktionen wurde noch vermieden. Nach Wiederherstellung der Ruhe erklärte der Fraktionsführer der NSDAP, die Sozialdemokraten würden aus dem Saal hinausgehauen

werden, wenn sie sich noch einmal in ähnlicher Weise äußerten. — Der Wortlaut des Zwischenrufs ist nicht gemeldet worden.

Der frühere preussische Kultusminister Becker ist an einer schweren Lungenentzündung gestorben.

Der Ruf nach der Einheitsfront.

Die Jahreshauptversammlung des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes, Ortsverwaltung Hannover, hat am 11. Februar folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Seit dem 30. Januar ist Hitler, der Führer des deutschen Faschismus, Reichskanzler. Nach dem Vorbild Mussolinis in Italien will er die alleinige Herrschaft des Faschismus in Deutschland aufbringen. In seiner Rede im Sportpalast am 10. Februar sprach Hitler die Drohung aus, daß, wenn das deutsche Volk am 5. März versage, die Regierung ihren Weg trotzdem gehen werde. Das bedeutet Androhung der faschistischen Diktatur.

Schon jetzt wütet der Bürgerkrieg. Sprengstoffattentate auf eine sozialdemokratische Zeitung, Ermordung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Staffurt, unzählige Ueberfälle auf Arbeiter aller Parteirichtungen sind genau wie in Italien das Zeichen des Beginns eines Kampfes gegen die Arbeiterorganisationen. Das Ziel dieses Kampfes ist die Ausrottung des Marxismus, ein Programmpunkt der Hitler-Regierung.

Auch das letzte einheitliche Bollwerk der Arbeiterklasse, die freien Gewerkschaften, werden von Vernichtung bedroht.

Auch sie sollen nach italienischem Muster zerstört werden. Damit wäre die deutsche Arbeiterbewegung tot.

In dieser Stunde der dringenden Gefahr für die freien Gewerkschaften richtet die Mitgliedschaft der Ortsverwaltung Hannover des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes die Aufforderung an den Bundesvorstand des ADGB, umgehend

Verhandlungen zwischen den Spitzenvertretern der Arbeiterparteien herbeizuführen zu dem Zweck, für den Abwehrkampf gegen den Faschismus eine einheitliche Front aller Arbeiter zu schaffen.

Denn nur durch eine Front, die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter umfaßt, ist die Todesgefahr von der Arbeiterbewegung abzuwenden.

Gelingt es nicht in letzter Stunde die Front zu bilden, dann wird auch in Deutschland ähnlich wie in Italien, auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte hinaus, von einer Arbeiterbewegung nicht mehr die Rede sein.

Nach einer längeren, ziemlich heftigen Diskussion nahmen die Mitglieder des

Deutschen Freidenkerverbandes, Ortsgruppe Essen, auf der Jahreshauptversammlung folgende Resolution an: „An den Vorstand des Deutschen Freidenkerverbandes. An den Vorstand des ADGB. An den Vorstand des Afa-Bundes. An das Zentralkomitee der KPD. An den Parteivorstand der SPD.“

Die Generalversammlung Essen des Deutschen Freidenkerverbandes fordert angesichts des faschistischen Terrors sofort

gemeinsame Beratung der Spitzenorganisationen zu gemeinsamen Aktionen.“

Einheitskundgebung in Wien.

Die Wiener Sozialdemokraten veranstalteten am Sonntag nachmittag eine große Demonstration mit einem Aufmarsch in der Ringstraße, zum Protest gegen den Fackelzug, mit dem die Nazis sich am Aufstieg Hitlers erfreut haben. Die Demonstration gestaltete sich zu einer gewaltigen Einheitsfront-Kundgebung, an der ganze kommunistische Züge teilnahmen, die allerdings — dem Bericht der TU zufolge — durch Polizeitruppen von den Sozialdemokraten geschieden wurden. Es ist seit langer Zeit das erste Mal, daß sich die Kommunisten an einer Parteiveranstaltung der SP beteiligt haben. Angeblich ist das Zustandekommen der Einheitsfront weitgehend dem Druck der Betriebsarbeiter zu verdanken, die das Getrenntmarschieren satt haben. 40 000 bis 45 000 Arbeiter haben sich an dem Umzug beteiligt.

Nazi-Terror unter dem Schutz der Polizei.

Am Sonntag, dem 5. Februar, wollte die „Eiserne Front“ auf dem Burgplatz in Essen aufmarschieren, und zwar hatte sie polizeiliche Erlaubnis dazu eingeholt. Auf dem Platz war aber dann die SA versammelt. Die Polizei erklärte, den Platz von SA nicht säubern zu können. Die „Eiserne Front“ wurde auf einen anderen Platz geschickt — was sie auch widerspruchslos hinnahm.

Am Sonnabend, dem 11. Februar, dasselbe Bild. SA lümmelt auf dem Platz herum, der der „Eisernen Front“ für eine Demonstration freigegeben worden ist. Polizei verweigert den Schutz der „Eisernen Front“. Die Führung kapituliert.

Die Empörung gegen die SA steigt bei den Arbeitern. Am 6. Februar wurde in der ZdA-Versammlung noch eine Resolution für die Einheitsfront abgewürgt. Am 11. Februar wurde in der Freidenker-Versammlung eine Resolution für die Einheit angenommen.

Die verhaßte Einheitsfront.

KAP. ADGB-Ortskartell und Eiserne Front riefen die Weimarer Arbeiterschaft zum Sonnabend nachmittag zu einer Straßendemonstration und Kundgebung gegen den Faschismus. Diese Kundgebung, die auf dem Marktplatz stattfand, wurde zu einer Demonstration für die Einheit der Arbeiterklasse. Ohne besondere Aufforderung waren u. a. auch die Angehörigen der KP und der KP-O erschienen. In einer Ecke des Marktes hatte eine Gruppe von Nazi-Gewohnheits-Provokateuren unter dem Schutz der Polizei Aufstellung genommen.

Der Redner hatte denn auch kaum 10 Minuten geredet, als die Nazis anfangen wie Irrsinnige zu brüllen. Die Menge

rief nach Schutz vor dieser Bande; beantwortet wurden diese Rufe mit der Auflösung der Kundgebung. Der Marktplatz hat nur schmale Ausgänge; der Polizei dauerte die Räumung zu lange, sie jagte die Menge zu Haufen, und schlug ohne ersichtlichen Grund wie toll auf die Köpfe der Menschen ein. Augenzeugen sagen aus, daß die am Boden liegenden noch weiter von den Polizisten mit Knüppeln bearbeitet wurden. Verschiedene Gruppen der versprengten, abgedrängten Teilnehmer hatten sich wieder zu kleineren Zügen formiert, sie wurden in brutalster Weise auseinander gedroschen.

Die in das Gewerkschaftshaus zurückkehrenden Arbeiter wurden von der Polizei weiter verfolgt und dann aus dem Gewerkschaftshaus mit dem Gummiknüppel, und angeblich auch Fußtritten, herausgejagt.

Das Gewerkschaftshaus in Weimar wurde von der Polizei für alle Versammlungen politischer und privater Art geschlossen.

Nur der Gastwirtschaftsbetrieb darf weitergeführt werden. Da gibt es nur eine Antwort:

Wir schließen die Einheitsfront der Arbeiterschaft!

Am Sonnabend veranstaltete die „Eiserne Front“ in Münster i. W. eine Demonstration gegen Faschismus, Reaktion und Naziterror.

Trotz polizeilichen Verbots marschierten kommunistische Arbeiter (wegen des Verbots ohne Abzeichen) im Demonstrationszuge mit.

Als am Servatii-Platz die mitmarschierenden Kommunisten von ihren dort stehenden Genossen mit „Rot Front“ begrüßt wurden, hielt die Polizei ihre Zeit für gekommen und trennte die Kommunisten unter Anwendung des Gummiknüppels vom Demonstrationszug ab. — Die von den Kommunisten mitgeführte rote Fahne wurde von der Polizei beschlagnahmt.

A. M. FREY



**DIE PFLASTERERKÄSTEN**

Unerschütterlicher Hochdruck verbleibend. Copyright 1933 by S. Kloppehauer Verlag AG. Berlin.

Noch einer ist geflohen, aber erst, als alles vorbei war: ein junger Pionierleutnant. Er hat die Verheerungen gesehen, die der Engländer mit einem „glücklichen“ Wurf angerichtet hat — jetzt läuft er.

Läuft, kaum mehr bei rechten Sinnen, in sein Quartier, in einen Winkel des Zimmers, setzt sich nieder und zittert. So findet ihn ein älterer Kamerad, der ihm nachgegangen ist, der das Quartier mit ihm teilt. „Voß, was fehlt Ihnen?“

„Mir? Nichts, ich bin unverwundet“, sagt der Junge mit rutschender Stimme und tastet sich ab, als brauche er neuen Beweis.

Der andere Leutnant legt ihm die Hand auf die Schulter und redet ihm zu. „Voß, was ist denn los? Warum sind Sie eigentlich ausgerissen?“

Der Junge hat die knabenhafte Stirn in beiden Händen. „Ich — kann das nicht sehen.“

„Was können Sie nicht sehen?“

„Diese — Zerfetzungen“, keucht er, als wäre einer hinter ihm her. „Ich habe das nicht — nicht entfernt so erwartet — ich —“

Der ältere versucht ihn mit Humor zu kurieren. „Wie? Sie werden auf einmal zum kleinen Mädchen? Sie gelten doch allgemein und mit Recht als ein sehr schneidiger Kerl.“

Der junge Offizier springt auf, er läuft wankend umher wie im Käfig. „Gerade darum, gerade darum, ich will ja die Schneid' nicht verlieren, nein!“

„Na, und?“

„Ich bin in Gefahr — wahrhaftigen Gottes in Gefahr, nicht mehr mitmachen zu können, wenn ich solch schauerliche Schweinerei sehen muß.“

Er wirft sich auf das Bett und weint durch das Taschentuch in langgezogenen, wimmernden, wütend-verstopften

Tönen. Er ist bisher der „Held“ gewesen, der aus Mangel an Vorstellungskraft über alle Gefahren hinwegvoltigiert ist. Ihm sind die Augen geöffnet, sein unbedenkliches Abenteuerium wird von nun ab versagen. —

Inzwischen sind auf jenem Wiesengrund in der sanften Mulde die Sanitätsautomobile eingetroffen. Die Opfer werden verladen, einige sind schon in Agonie, viele klagen schrill und unaufhörlich, die Wirkung der Morphiumspritzen läßt schon nach. Den mit dem völlig geöffneten Bauch braucht man nicht mehr mitzunehmen, er ist inzwischen gestorben.

So ist das Dutzend voll, und der fremde Regimentsarzt teilt diese Zahl als erstes dem endlich in Hechtsprüngen querfeldein herbeisetzenden Lipp mit.

Lipp ist grünlich im Gesicht vor Wut, seine geprellten Lippen schlucken mit Mühe Verwünschungen hinunter. Nichts, gar nichts mehr gibt es für ihn zu tun. Der Fremde hat den letzten Zettel für die Verladenen dort im Sanitätsauto gerade ausgefüllt.

Die beiden Kollegen begrüßen einander, als hätte jeder eine Flasche Essig im Leib.

Lipp muß sich bedanken für die stellvertretende Leistung. Die Zunge gehorcht kaum, und der andere nimmt, offensichtlich befriedigt von der Niederlage des Kollegen und ihn hohnvoll beruhigend, sein Wortgedrechsel und fauchendes Gemecker gelassen entgegen.

Auch der Kommandeur, Herr von Pummer, ist zur Stelle und hat gleich heraus, wie die Dinge liegen. „Herr Stabsarzt, man sieht Sie in letzter Zeit merklich wenig“, äußert er anzüglich, und das gibt Lipp fast den Rest. Er kann nur albern husten, zischen und Hacken zusammenschlagen. „Werde mich bemühen, Herr Oberstleutnant!“ niest er. „Melde gehorsamt, in Zukunft wird aber zweifellos —“

Der Oberstleutnant nickt und grüßt knapp, schüttelt dem fremden Stabsarzt herzlich die Hand, lobt sehr laut und im Namen des Regiments sein Einspringen, bittet ihn zu einer Tasse Kaffee und entfernt sich mit ihm.

Wenn ihr nur verrecken wolltet! — denkt Lipp. Meldet der Alte die Geschichte am Ende gar dem Divisionsarzt? Was hätte ich sagen sollen? Daß ich auch für ihn, diesen Schlemmer, abwesend war?

Denn Lipp, wieder einmal unauffindbar, hat fast außerhalb des Dorfes, und von den Bomben ganz ungeschoren, in einem seiner Keller gesteckt, in denen er Champignons züchtet. Was, den köstlichen Pilz frisch mitten im Winter — ihn gab er zu kosten auch der Tafel Pummers? Und dies war nun sein Lohn!

Vier solcher Keller unterhielt er: mit abgedichteten Luken. Mit mühevoll hinuntergeschafftem Erdreich und mit Pferdemit. Mit elektrischer Lichtanlage und mit Heizungsanlage. Mit Erzeugung der richtigen Feuchtigkeit und der richtigen Wärme. Dauernd waren ein paar Krankenträger in diesen künstlich ganz verfinsterten Räumen tätig. Sie durften die Öfen auch nachts nicht ausgehen lassen. Er, Lipp, kontrollierte die Temperaturen seiner Plantagen viel interessierter und genauer als die seiner Kranken. Weihenachten stand vor der Tür, da hoffte er, die erste prächtige reichliche Ernte halten zu können. Ein Heiligabend mit frischem, in Butler gedünsteten Champignons!

Aber für den Augenblick hat er doch andere Sorgen. Als das letzte Sanitätsauto fort ist, geht er mit dem Feldwebel Asam voll Verlangen, furchtbar Gericht zu halten, in einen stillen Winkel des Reviers. „Ein bodenloser Saustall! Ihr seid eine Hundsbande, eine miserable, eine unzuverlässige! Man braucht nur die Nase wegzudrehen, da tut jeder, was er mag. Warum ist niemand — nicht einer! — da von unseren Aerzten? Wo ist Herr Oberarzt Schwan?“

„Im Graben vorn.“

„Im — richtig. Ich frag' nur, weil ich sehen will, ob ihr überhaupt noch was wißt vom ganzen Betrieb oder ob ihr schon vollständig idiotisch geworden seid. Wo sind Feldunterarzt Knapp und Dr. Schreiber?“

„Mit dem Bataillon in Ruhe, hint' in Vavrin.“

„Und wo Dr. Fels?“

„Auf dem Verbandplatz.“

„Ah, schau mal an, daß ihr doch noch ein bisschen was vom Dienst in euren Dreckschädeln drin habt. — Aber wo, frage ich jetzt, steckt dieser Dr. Model, dieser —“

„Hat vom Herrn Stabsarzt für heute Urlaub nach Lille.“

(Fortsetzung folgt.)

# Französischer Gewerkschafter zur Lage in Deutschland

Den nachstehenden Aufsatz erhalten wir von L. Cancouet, dem Vorsitzenden des französischen Eisenbahner-Verbandes der Staatseisenbahnen des Linken Seine-Ufers in Paris, der im November den Besuch französischer Eisenbahner in Köln leitete, über den wir im „Funken“ berichteten.

Daß Hitler in Deutschland zur Macht gelangt ist, hat bei uns keine lächerliche Furcht hervorgerufen, wohl aber Besorgnis um den Kampf der Arbeiterschaft, der über alle Grenzen hinweg geführt wird. In diesem Kampf ist die Machtergreifung Hitlers nur eine Episode. Immerhin hat dieses Ereignis seine Wirkung auf die französische Regierung nicht verfehlt, und ein beträchtlicher Teil der Bourgeoisie ist jetzt mehr denn je dazu bereit, sich zum Faschismus zu bekennen, in dem sie die rettende Autorität sieht. Dem Wahn von der „autoritären Staatsführung“ ist nicht nur das rechte Bürgertum verfallen, sondern auch ein Teil des linken Bürgertums, das jetzt an der Macht ist.

Die französischen Regierungen der jüngsten Zeit sind so fest überzeugt von der Alleinmacht der Autorität, daß sie den wahren Ursachen des anarchischen Zustandes, in dem wir leben, vollkommen blind gegenüberstehen. Die Rede, die der Staatspräsident kürzlich gehalten hat, ist ein klarer Beweis dafür. Er ist fast so weit gegangen, sich den berühmten Grundsatz eines der wildesten Reaktionen Frankreichs zu eigen zu machen: Gebt dem Volke deutlich zu verstehen, daß jeder Gedanke an Auflehnung gegen die herrschenden Mächte verwerflich ist und schlimme Folgen nach sich zieht.

Durch derartiges Gerede von mutlosen Politikern lassen wir uns nicht beirren. Der Kampf des Proletariats gegen die Einführung „autoritärer Staatsführung“ ist im Gange, obwohl alle politischen Parteien ihr Möglichstes tun, um über die Symptome eine Umwälzung in Frankreich hinwegzutäuschen, die sich nichtedestoweniger jeden Tag weiter ausbreiten und wie eine Feuersbrunst nacheinander alle sozialen Schichten ergreifen.

Andererseits geben die politischen Führer Frankreichs ihre Ohnmacht gegenüber der internationalen Finanz zu, der sie vollkommen unterworfen sind. Es gibt hier gegenwärtig keinen Staatsmann, der fähig wäre, diesen Mächten die Stirn zu bieten, selbst wenn er sich dabei auf die Macht der Ausgebüteten stützen könnte. Herriot, auf den große Hoffnungen gesetzt worden waren, hat völlig versagt und sich lächerlich gemacht. Daladier, der wirklich Ansehen genöß, hat sich seinerseits diskreditiert, schon ehe er zum Handeln kam, indem auch er vor den dauernden Drohungen der Finanzmächte gewichen ist.

Was die Sozialistische Partei angeht, die die einzige Partei ist, die etwas Nützliches leisten könnte — wenn so etwas unter dem kapitalistischen Regime überhaupt möglich ist — so ist sie durch Sorgen um Doktrin und Wahlpropaganda zu einer gefährlichen Isolierung verdammt.

Angesichts dieser allgemeinen Verwirrung ist die Machtübernahme durch Hitler ein für die allmächtigen Magnaten günstiges Ereignis, aus dem sie auch in Frankreich nach Kräften Kapital zu schlagen suchen werden. Allerdings sind wir keineswegs davon überzeugt, daß Hitler Gelegenheit haben wird, selber den Sieger (oder gar den langerwarteten „Retter“) zu spielen, selbst wenn er bei den Wahlen noch gewinnt.

Trotz der Machenschaften der herrschenden Klasse ist unzweifelhaft die europäische Einigkeit auf dem Vormarsch, zwar nicht die Einigkeit der Regierungen, wohl aber die des

Proletariats. Was mich angeht, so habe ich niemals so sehr wie heute den Eindruck gehabt, daß wir alle Brüder sind und daß wir als wirkliche Feinde nur die Gegner im Lande selbst haben: prunkende Großgrundbesitzer, mächtige Bankiers, degenerierte Aristokraten, Steuerschieber aller Art.

Wenn erst der Bruderkrieg innerhalb des Proletariats aufgehört hat und die internationale Einheitsfront hergestellt ist — und sei es auch nur die Einigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bei strenger parteipolitischer Neutralität der Gewerkschaften, so könnte von Seiten der Arbeiter eine Politik von großer Bedeutung durchgeführt werden.

## Streikbeschluß der Freien Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien.

Der Betriebsrätekongreß sämtlicher Gewerkschaften Polnisch-Oberschlesiens nahm am Sonntag eine Entschliebung an, in der die Regierung aufgefordert wird, durch Erteilung von Aufträgen sowie durch ein großzügiges Siedlungsprogramm und Zahlung höherer Erwerbslosenunterstützung die allgemeine Notlage zu lindern. In der Entschliebung wird weiter darauf hingewiesen, daß die Regierung von der Verordnung des Staatspräsidenten über die Kontrolle der Konzerne und der Kürzung der hohen Direktorengelöhler keinen Gebrauch gemacht habe. Die Arbeiterschaft verlange, daß die Bezüge der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder gesetzlich geregelt und den heutigen Einkommensverhältnissen angepaßt werden. Ferner wird von der Regierung verlangt, die Versorgung der etwa 4000 Knappschaftsrentner zu übernehmen, die ab 1. März dem Hungertod ausgeliefert seien, weil die oberschlesische Knappschaft erklärt hat, ihren Verpflichtungen gegenüber diesen Rentnern, die noch Ansprüche aus den früheren deutschen Knappschaftsverhältnissen besitzen, nicht mehr nachkommen zu können. In der Entschliebung wird zum Ausdruck gebracht, daß diesen Forderungen unter Umständen durch einen Streik Nachdruck verliehen werden soll. Gleichzeitig fand ein Betriebsrätekongreß der sozialistischen Gewerkschaft statt, in dem beschlossen wurde,

am 1. und 2. März einen allgemeinen Proteststreik sowohl im oberschlesischen als auch im Dampbräuer Industriegebiet durchzuführen.

## Die Katastrophe von Neunkirchen.

Die Aufräumarbeiten an der Neunkirchener Unglücksstelle sind noch längst nicht erledigt, wenn auch mit allen Kräften daran gearbeitet wird. Dauernd werden weitere Tote geborgen; ihre Zahl beträgt nach den bisherigen Feststellungen mindestens 80, vermutlich sind es über 100. In den Krankenhäusern liegen 350 Schwerverletzte, von denen viele nicht mit dem Leben davorkommen werden.

Die Befürchtung, die am Sonnabend noch bestand, daß durch die noch brennenden Teermassen zwei unterirdische Benzolbehälter zur Explosion kommen würden, konnte durch Auspumpen der Behälter erledigt werden.

Von allen Seiten laufen Beileidetelegramme und Spenden ein. Der Papst hat die „namhafte Summe“ (so sagt TU) — in Wirklichkeit ist sie lächerlich gering — von 5000 Mark geschickt. KP und hinterher auch SP haben im Aeltestenausschuß des Reichstags eine Reichshilfe von 10 Millionen Mark beantragt. Warum nicht zusammen?

In einer kritischen Situation wie der heutigen kommt eine besondere Bedeutung der Presse zu: durch ihre Machenschaften kann sie die internationale Verständigung der Arbeiterschaft hemmen und die Reaktion unterstützen. Denjenigen, die heimlich hoffen, durch den Faschismus in Deutschland dem Chauvinismus in Frankreich wieder zum Durchbruch zu verhelfen, der zu neuen internationalen Konflikten führt, antworten wir, daß die Arbeiterschaft gewarnt ist und fest entschlossen, mit aller Kraft dagegen zu kämpfen, daß die öffentliche Meinung Frankreichs in jenen verderblichen Pessimismus gerät: wenn Hitler an der Macht ist, ist ein neuer Krieg unvermeidlich. Es liegt an uns, ihn zu vermeiden. Wir haben den Krieg ausgehalten und werden auch imstande sein, den Frieden zu schützen. Solange wir Vertrauen zu unserer eigenen Macht haben, ist alles gerettet.

## „Gelbe“ als Unternehmerknechte.

Unter dieser Ueberschrift bringt die neueste Nummer des „Aufwärts“, der Wochenzeitung der Berliner Gewerkschaften, folgende Mitteilungen:

„Die ‚Energie A.-G.‘ in Leipzig hatte mit ihrem Werkverein einen ‚Tarifvertrag‘ abgeschlossen, in dem u. a. die Arbeitszeit auf 53 Stunden festgesetzt wurde. Das allein ist schon eine Provokation in dieser Notzeit gegenüber dem ungeheuren Arbeitslosenheer. Die Gewerbeinspektion schritt denn auch auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ein, und der Prokurist der Firma wurde vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Firma teilte dem Werkverein nunmehr mit, daß sie zu einer 48stündigen Arbeitszeit verurteilt worden sei.“

Nun brachten es die Werkvereiner — unter wessen Initiative sei dahingestellt — fertig, vor dem Arbeitsgericht auf Anerkennung des ‚Tarifvertrages‘ zu klagen. (Also 53 Stunden arbeiten zu dürfen!) Die Klage wurde abgewiesen, weil ein Werkverein, entsprechend der bisherigen Spruchpraxis, auch beim Reichsarbeitsgericht nicht die Tariffähigkeit besitzt. Das Reichsarbeitsgericht aber hob das vorinstanzliche Urteil nach Einlegung der Sprungrevision auf und wies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Arbeitsgericht zurück.

Wir wollen nicht einmal dieses Verfahren besonders kennzeichnen, denn es bezeugt lediglich die reaktionäre Wandlung in der Haltung des RAG, weil nunmehr quasi die Tariffähigkeit eines Werkvereins wieder einmal anerkannt und mit dem Urteil eine bewußt scharfe Stellungnahme gegen die freien Gewerkschaften herausgearbeitet wurde. Gravierender ist noch das Verhalten der Gelben in dem Werkverein selbst, die nicht einmal die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit für die Arbeiterschaft zu sichern trachteten, sondern vielmehr das Bestreben der Firma nachdrücklich zugunsten der Arbeiterschaft und der Arbeitslosen förderten.“

Wem dienen solche Knechtsseelen?

In Leningrad soll eine Wohnstadt für ausländische „Spez“, im ganzen für etwa 3000 Menschen gebaut werden.

Verantwortl. Schriftföhrer: Willi Eichler, Berlin Anzeiger; R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Janowitz 8909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut / schnell / billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwald  
Engelsplatz 12.

**Das Haus der guten Schuhe**  
**H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 87/88  
Telefon: D 6 Wedding 2338  
Bel Vorsetz. d. Inzerates 6 1/2 Rabatt!

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

Freunde  
und Leser des  
„Funken“!  
**Unterstützt**  
**Euro**  
**Zeitung!**  
Werkt Abonnement!  
Schnell! Klebzigel!  
Bewerbt bei Einzelnen  
einen Inserat!

**VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19**  
**Vegetarische Gaststätte**  
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich  
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

**Getrocknete Bananen**  
sind nahrhaft u. billig,  
als Brotbelag und zum  
Obst für jung und alt  
zu verwenden.  
Postplättchen 4 Pfund  
brutto nur 8 Mark,  
frei Haus, n. a. Orten.  
Voranzahlung  
auf Postcheck-Konto  
Magdeburg 17924  
arbeiten.

**Maßarbeit** erstklassig  
und billig  
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-  
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Butter**  
**Käse, Eier**  
**Landbrot**

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

**Sprechapparate** Koffer / Schatullen / Schränke  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in  
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!  
**Otto Pfothenauer, Weimar**  
Gläserstr. 14

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

**Selben**  
**Wirtschaftsartikel**  
gut und preiswert  
**Otto Scaruppe**  
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

**Warum werfen Sie Ihr Geld weg**  
für minderwertige Konfektionskleidung?  
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach  
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem  
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.  
**Rudolf Schönheit**  
Herren- und Damen-Maßschneider!  
Magdeburg, jetzt Johannsbergstr. 10 III

**Für den**  
**Befreiungskampf des Proletariats**

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neu-  
orientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen  
notwendig.

**Zeitschriften, Broschüren,**  
**Flugschriften, Plakate**  
stellt schnell, sauber und billig her  
**Oscar Wettig, Gelnhausen**

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,  
Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung**  
**med. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

**„Ohne revolutionäre Theorie keine  
revolutionäre Praxis!“**

**POLITISCH**  
**WIRD DER MENSCH**  
**GESCHEITER**  
**DURCH BÜCHER MIT**  
**DEM FACKELREITER**  
Lassen Sie sich bald einmal den reichillustrierten Katalog  
kostenlos schicken vom  
**FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15**

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.  
Seit 13.-16. Februar:  
Der herrliche Südsceffilm „**TABU**“  
F. W. Murnaus schönster und letzter Tonfilm.  
Paul Eppers Tierfilm  
„**Tiere sehen Dich an**“  
Ein Meisterwerk der Photographie.  
Jugendliche haben Zutritt.  
Anfangszeiten: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie  
niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische  
Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zu-  
sendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.  
**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.**  
Postcheckkonto: Berlin 31342.

## Thüringen führt!

KAP. In der vorigen Sitzung des Stadtrates von Weimar wurden alle Stadtratsmitglieder, die der KPD und KPD-O angehören, ihrer Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Stadtrats für verlustig erklärt!

Grund: Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Partei! Gegen diese Gewaltpolitik protestierten, außer den Kommunisten selbst, die Sozialdemokraten, der Staatspartei- und der Zentrumsabgeordnete.

In den thüringischen Ausführungsbestimmungen zu der Notverordnung vom 4. Februar heißt es u. a.:

„Das Zeigen (!) von roten Fahnen mit und ohne Abzeichen und Symbolen der KPD (Hammer und Sichel) bei öffentlichen politischen Versammlungen sowie das Mitführen solcher Fahnen und Embleme bei Versammlungen unter freiem Himmel und bei Aufzügen ist unzulässig.“

## So weit sind wir!

An den Anschlagssäulen in Essen ist nachstehendes Plakat angeschlagen:

### Aufruf.

Das Freikorps Ruhr! als überparteiliche, nationale Organisation, Trägerin des alten Freikorpsgedanken, ruft alle nationalen Männer, welche noch keinem nationalen Verbände angehören und gewillt sind, sich unserem Korps anzuschließen, auf, ihren Aufnahmeantrag an unsere Geschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Straße 17, schriftlich einzusenden.

### Kampf dem Marxismus.

I. A. Hey.

Gerade den Arbeitern im Ruhrgebiet wird die Tätigkeit der Freikorps in nachhaltiger Erinnerung sein. Sind sie zur Abwehr dieser Bürgerkriegsorganisationen gerüstet?

Die Kieler Universität ist für drei Tage geschlossen worden. Diese Maßnahme des Rektors ist die Antwort auf die von den nationalsozialistischen und sonstigen nationalen Studentengruppen erlassene Drohung, einen zweitägigen Hörerstreik propagieren zu wollen, da der Rektor trotz mehrfacher, durch Tumultszene ergänzter, Gesuche das Studentenheim für politische Veranstaltungen nicht freigeben wollte. Endlich ein Mann innerhalb der Universitätsbehörden!

## Die Tschechoslowakei schützt sich vor der deutschen Nazipresse.

Der tschechische Ministerrat hat beschlossen, die in München erscheinende „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ und den Hamburger „Auslandsdeutschen Beobachter“ der Postbeförderung zu entziehen.

Der Vorstand der Wirtschaftspartei nahm am Sonntag in Berlin eine Entschliebung an, die die Wahlrechtsnotverordnung des Reichsinnenministeriums für verfassungswidrig erklärt. Die in dieser Notverordnung geforderte Vorlegung von 60 000 Unterschriften, mit denen eine neue Liste eingereicht werden muß, durchbreche das in der Reichsverfassung garantierte Prinzip der geheimen Wahl. Die Reichswirtschaftspartei werde daher die Reichstagswahl vom 5. März anfechten und sich selber nicht mit einer eigenen Liste beteiligen. Am kommenden Sonntag werden die Reichsvertreter der Wirtschaftspartei eine Wahlparole für den deutschen Mittelstand herausgeben.

## Hessen wird verwahrt. Und zwar von der Reichsregierung.

Zu dem Besuch des Beauftragten der Reichsregierung in Hessen ist von seiten der Reichsregierung die folgende Erklärung abgegeben worden:

„Die Reichsregierung hat im Zusammenhang mit den zahlreichen Ausschreitungen der letzten Zeit in Hessen

durch Entsendung eines Beauftragten ein Bild von der Lage im Lande Hessen zu gewinnen gesucht. Der Beauftragte des Reichsministeriums des Innern, Oberregierungsrat Dr. Medicus, hat in den Besprechungen mit der hessischen Regierung der Sorge der Reichsregierung über die weitere innerpolitische Entwicklung der Dinge in Hessen Ausdruck gegeben.

Dabei waren die in den verschiedenen hessischen Gemeinden vorgekommenen politischen Auseinandersetzungen, denen erfreulicherweise Menschenleben nicht zum Opfer gefallen sind, von untergeordneter Bedeutung.

Viel wichtiger war nach der heute von amtlicher Reichsstelle veröffentlichten Verlautbarung die Frage, ob die zwischen den politischen Strömungen in Hessen bestehenden starken Spannungen, namentlich auch im Hinblick auf das Verhältnis der Landespolizeileitung zu rechtsstehenden Parteien,

nicht die Gefahr neuer und schwerer politischer Auseinandersetzungen in sich bergen, wie sie bisher, nicht zuletzt auch durch die Disziplin der beteiligten Bevölkerungskreise, verhindert worden seien. Der Beauftragte der Reichsregierung hat auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, den rechtsstehenden Parteien das Gefühl gleichen Schutzes und gleicher Rechte zu geben, wie sie in der geschäftsführenden Regierung nahestehenden politischen Gruppen als selbstverständlich für sich in Anspruch nähmen.

Mit Rücksicht auf die „zahlreichen Ausschreitungen der letzten Zeit“, die dabei „von untergeordneter Bedeutung“ sind, ist es beachtenswert, daß das „Verhältnis der Landespolizei zu rechtsstehenden Parteien“ in Preußen unter dem Reichskommissar Göring es nicht hat verhindern können, daß hier seit dem Regierungsantritt Hitlers 15 Personen von Nazis, 8 von Polizisten, 1 Person von einem Kommunisten und 8 von Tätern, deren Parteizugehörigkeit bisher nicht bekannt ist, getötet worden sind. In Hessen haben die „zahlreichen Ausschreitungen“ kein Menschenleben gekostet!

## Bumke bei Hitler.

Amlich wird mitgeteilt:

„Seitens der Reichsregierung und des Präsidenten des Reichsgerichts wird zu den Pressemeldungen über den Besuch des Präsidenten des Reichsgerichts bei dem Reichskanzler folgendes erklärt:

## Neues „Rote Fahne“-Verbot

Der Berliner Polizeipräsident hat am Sonnabend die „Rote Fahne“ von neuem verboten, auf vierzehn Tage. Er hat der Mitteilung von dem Verbot längere Ausführungen angehängt, über die er das Wort „Gründe“ schreibt. Dort heißt es u. a.:

„Die mehrfach wiederholte Aufforderung, auf die Möglichkeit, auf anderem Wege als dem des Kampfes die Feinde zu überwinden, nicht mehr zu warten,

läßt erkennen, daß die Zeitung, wenn auch in vorsichtiger Form, so doch unmißverständlich, zum Generalstreik wie auch zum gewaltsamen Umsturz auffordern will. Die gleiche Tendenz ergibt sich auch aus dem in Spalte 1 Seite 2 gegebenen Bericht über den Inhalt der von dem Abgeordneten Torgler in Verfolg der Verbrüderungsaktion mit der SPD vorgeschlagenen Kampfparolen, in denen ausdrücklich gesagt ist, daß die Durchsetzung dieser Forderungen

nur durch den Einsatz der proletarischen Klassenkraft außerhalb des Parlaments möglich sei und „gemeinsame Schritte in den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen“ zu ergreifen seien.

Zum Schluß des Artikels „Ihr Vermächtnis lebt“ Seite 1 der ersten Beilage heißt es ferner, die Teilnehmer an der Kundgebung in Friedrichsfelde anläßlich der Beerdigung des Arbeiters Berner seien „zurückgeflutet in die Reihen der roten Klassenfront, um

den Faschismus im revolutionären proletarischen Massenkampf zu besiegen“.

Auch auf Seite 4 Spalte 3 der ersten Beilage wird ausgeführt, daß

die „Einheitsfront nur im außerparlamentarischen Kampf zum Siege über den Faschismus“ führen werde.“

In den zitierten Stellen der „Roten Fahne“, so schreibt Melcher, sei zum Hochverrat aufgefordert. Außerdem beruft er sich für das Verbot noch auf einen Artikel der „Roten Fahne“, von dem er schreibt:

„Der Artikel unterstellt der Reichsregierung böswillig und entgegen den wiederholten Erklärungen der verantwortlichen Minister die Absicht, nicht eine Politik der allgemeinen Abrüstung zu verfolgen, sondern zur Ablenkung von innerpolitischen Schwierigkeiten die Aufrüstung zu betreiben, um statt „Arbeit und Brot zu schaffen“, ein neues „blutiges Völkermorden“ zu entfesseln.“

Gegenüber solcher Behandlung der Presse hört jede Argumentation auf.

## Rückzug.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, die gegen die jüngste Pressenotverordnung protestiert und den Pressechef der NSDAP ausgeschlossen hatte, weil er diesen Protest in einem Telegramm an die Regierung mißbilligt hatte, teilt jetzt dem Reichsinnenministerium in einer Entschliebung mit: Die Notverordnung biete die Handhabe, „die pflichtbewußte Presse bei ihrer aktiven Mitarbeit an der Ueberwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte zu hindern“. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse erwartet daher von der Reichsregierung „vorsorgliche Maßnahmen, die verhindern, daß je nach subjektivem Ermessen Eingriffe in die Pressefreiheit vorgenommen werden, die weder in der Absicht der Staatsführung liegen (!), noch den Interessen des Volksganzen entsprechen“.

Von einem Protest ist nicht mehr die Rede. Auch nicht von der Forderung der Pressefreiheit.

Der Präsident des Reichsgerichts hat den Reichskanzler aufgesucht, weil dieser den Wunsch geäußert hatte, wie die andern Spitzen der Behörden so auch ihn persönlich kennen zu lernen. Von dem Inhalt der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar d. J. ist der Präsident des Reichsgerichts weder bei seinem Besuch noch sonst vor Erlaß der Verordnung in Kenntnis gesetzt worden.

Irgend ein Versuch, die Auffassung des Präsidenten des Reichsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit von Maßnahmen der in der Verordnung getroffenen Art zu erkunden, ist selbstverständlich nicht unternommen worden.“

## Bravo Württemberg!

Die württembergische Regierung hat das von der Reichsregierung an alle Länderregierungen gerichtete Ersuchen, den sogenannten Aufruf an das deutsche Volk auch in den Schulen den Kindern bekanntzumachen, abgelehnt.

## Wahlkampfreden im Rundfunk.

Da — wie wir am vergangenen Freitag meldeten — das angeblich für die Parteien erlassene Verbot, den Rundfunk im Wahlkampf zu benutzen, für Regierungsmitglieder nicht gilt, wird der Führer der NSDAP

zehn Wahlkampfreden (so meldet TU wörtlich) halten, von denen zwei, aus Berlin und Königsberg, durch alle deutschen Sender, die übrigen acht durch die jeweiligen örtlichen Sender

(die Wahlkampagne geht über das ganze Reich) verbreitet werden sollen.

## Entlassungen beim Rundfunk.

Kurz vor der Radio-Uebertragung von Hitlers Sportpalastrede sind am Freitag einige Angestellte des technischen Betriebs der Reichsrundfunkgesellschaft fristlos entlassen worden, unter ihnen der stellvertretende Chefingenieur Lubchinski und ein Chemiker Dr. Weigt. Die Entlassenen haben sich angeblich kurz vor der Uebertragung an den Apparaten „in verdächtiger Weise zu schaffen gemacht“. Gegen Lubchinski und Weigt sind bereits am Freitag Ermittlungen eingeleitet worden, die ergaben, daß beide in ihren Privatkraftwagen Rundfunkapparate eingebaut hatten, einer von ihnen hatte in seiner Wohnung einen Mofe-apparat. Das Gutschichten der Oberpostdirektion Berlin, ob überhaupt mit diesen Apparaten Störungen der Rundfunk-übertragungen vorgenommen werden können, liegt noch nicht vor.

Denn um Gegengründe vorzubringen, müssen Gründe vorliegen. Was aber soll ein sozialistischer Redakteur tun, wenn die Aufforderung, gegen den Faschismus zu kämpfen, und zwar außerhalb des Parlaments, als Aufforderung zum Hochverrat bezeichnet wird? Das heißt, daß Herr Melcher den Faschismus als die durch die Weimarer Verfassung geschützte Staatsform ansieht. Es hat unter den heutigen Umständen und nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser Behörde keinen Sinn, sich mit einer Beschwerde an den fünften Strafsenat in Leipzig zu wenden, um nach kostenpflichtiger Verwerfung dieser Beschwerde zur Finanzierung jener Behörde beizutragen. So wird denn durch die Behandlung, die heute die Presse genießt, klar, daß

der Kampf gegen die Knebelung der proletarischen Presse sich auf den Kampf um die Einheitsfront reduziert.

Wenn innerhalb dreier Monate eine Zeitung zum dritten Mal verboten wird, so darf nach der Notverordnung vom 4. Februar die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen auf ein halbes Jahr ausgedehnt werden. Nach dem neuen „Rote Fahne“-Verbot ist klar, daß sie sich gegen ein bald zu erwartendes Halbjahres-Verbot nicht schützen kann. Die Blätter der Rechtspresse, die zum wirklichen Hochverrat auffordern, werden nicht verboten. Beweis: Brauns Brief an Papen.

Die Zeitung „Das Reichsbanner“ wurde von dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen für 14 Tage verboten, weil dieser fand, daß die Zeitung die Reichsregierung, insbesondere Herrn Göring, verächtlich gemacht habe.

Die „Hamburger Volkszeitung“ (KP) ist vom 13. bis 26. Februar verboten worden wegen „Aufforderung zu Gewalttätigkeiten“ und einer „vorbereitenden Handlung zum Hochverrat“.

Der Berliner Polizeipräsident hat ein kommunistisches Verkehrslokal in der Gollnowstraße geschlossen.

In Düsseldorf wurden am Sonntag morgen Haussuchungen bei Kommunisten gemacht. Ergebnis: 50 Funktionäre der KP wurden verhaftet, und zwar wegen des Verdachts, daß von ihrer Seite Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geplant waren.

Haussuchungen bei Kommunisten in Flensburg. Am Sonnabend mehrere Festnahmen. „Zum Teil sehr belastendes Material.“

## Kommunistische Partei in Bukarest aufgelöst.

### Wozu der Belagerungszustand gut ist.

Der Kommandierende General des II. rumänischen Armeekorps, der durch den Belagerungszustand zum Diktator von Bukarest ernannt worden ist, hat seine so errungenen Machtbefugnisse dazu benutzt, die Kommunistische Partei in Bukarest für illegal zu erklären. Auch alle kommunistischen Gewerkschaften, Jugendverbände, Studentengruppen und Antikriegsverbände sind verboten. Die Büros aller verbotenen Organisationen sind versiegelt, die Versammlungen verboten worden. Wer sich der Mitarbeit in einer dieser Organisationen „schuldig“ macht, wird vor das Kriegsgericht gestellt. Da Bukarest die Hauptstadt Rumäniens ist, sich also wahrscheinlich die Landesvorstände aller verbotenen Organisationen dort befinden, wird die kommunistische Bewegung in ganz Rumänien von dem Vorgehen des Generals betroffen. Das ist denn wohl auch Sinn und Zweck des Belagerungszustandes.

## Die Anklage gegen Nicole und Genossen.

Gegen Nicole und 17 andere Genossen, die im Zusammenhang mit den Genfer Unruhen vom 9. November festgenommen worden sind, ist Anklage wegen „Aufreizung zur Zusammenrottung und zum gewaltsamen Widerstand gegen die Staatsgewalt“ erhoben worden. Das Schweizer Bundesgericht hat beschlossen, den Fall an das eidgenössische Schwurgericht zu überweisen. Der Termin für den Beginn des Prozesses steht noch nicht fest.

Nach den Angaben des polnischen Justizministeriums sind von den polnischen Standgerichten im Jahre 1932 insgesamt 61 Todesurteile vollstreckt worden. Die Mehrzahl der Urteile sei wegen Staatsverrats und Spionage gefällt worden.

## Wie du mir . . .

Das Berliner Philharmonische Orchester gab unter Leitung Furtwänglers in Brüssel zwei Konzerte. Als Antwort auf den unfreundlichen Empfang der Belgischen Kunstausstellung in Berlin hatten einige Zeitungen zum Boykott der Konzerte aufgefordert. Abgesehen vom belgischen Königshof, der den Konzerten fernblieb, ließen sich nicht viele auf den Boykott ein.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Dienstag, 14. Februar, 20 Uhr, in „Haverlands Festsälen“, Neue Friedrichstraße 85, (Nähe Bahnhof Alexanderplatz). Thema: Was will der ISK? Redner: Hellmut Rauschenplat. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Aussprache!

**Hannover:** Mittwoch, 15. Februar, 20.15 Uhr, bei Sander, Gartenallee 1. Thema: Die nationale Regierung, ihr Programm, ihr Weg und die Arbeiterschaft. Eintritt frei!

**Magdeburg:** Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, bei Bleck (früher Lüchefeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Sozialengesetz auf dem Marsch! Warum kommt die Einheitsfront zwischen KPD und SPD immer noch nicht zustande? Redner: Paul Gerisch. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose frei. Freie Aussprache.

## Marschier die Sozialisierung?

Ueber dieses Thema spricht am Montag, dem 13. Februar, 20.30 Uhr, im Rahmen eines wissenschaftlichen Klubabends der Deutschen Liga für Menschenrechte Staatsbankpräsident a. D. Walter Loeb und der ehemalige ungarische Finanzminister Paul Szende aus Wien. Die Veranstaltung findet im Herrenhaus, Leipziger Straße 3 (Festsaal) statt. Vorsitz: Dr. Robert Kuczynski. Karten für Gesinnungsfreunde an der Abendkasse.

# Nordwolle-Enthüllungen.

## 170 Millionen Verlust, und nicht 24 Millionen!

Das vom Konkursverwalter der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei (NWK) dem Amtsgericht vorgelegte Gutachten des Professors Kalveram schließt mit folgenden Feststellungen:

„Die Leiter der NWK täuschten in den frisierten Bilanzen eine ständige Aufwärtsentwicklung, blühendes Leben, hohe Solidität und Kreditwürdigkeit vor. Sie verbargen hinter den gewagtesten Darstellungs- und Bewertungsfälschungen eine krankhafte Geschäftspolitik, eine ungesunde Konzernausweitung, irreguläre und verlustreiche Spekulationsengagements und dauernde Mißbräuche der Amtsgewalt. Die abhängigen Gesellschaften wurden in weitem Umfang von der Leitung der NWK machtpolitisch beherrscht und in die unwahren Bilanzkonstruktionen einbezogen. Dieses raffinierte System bot die Möglichkeit, bei Handlungen, die mit den Pflichten des Vorstandes gänzlich unvereinbar waren, unbeobachtet zu bleiben und immer neue Kreditquellen zu erschließen. Das wiegte die Leitung in Sicherheit und reizte zu neuen risikoreichen Engagements, bis plötzlich nach Bekanntwerden erheblicher Verlust bei Tochtergesellschaften und nach einer gefährlichen Ueberspannung des angemessenen Kreditvolumens die Banken sich gegen neue Kreditforderungen sperrten und die Katastrophe unvermeidbar war.“

Im einzelnen weist Kalveram nach, daß seit 1926 falsche Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen veröffentlicht worden sind. Zur Veranschaulichung stellen wir hier zusammen, welche Gewinne beziehungsweise Verluste die NWK *ausgewiesen* hat und welche Verluste sie nach der Berechnung von Professor Kalveram *tatsächlich* hatte.

	nach den veröffentlichten Bilanzen	nach den Berechnungen des Gutachtens
	Millionen Mark	
1926 . . . . .	4,9 Gewinn	4,7 Verlust
1927 . . . . .	7,8 Gewinn	3,8 Verlust
1928 . . . . .	10,6 Gewinn	28,6 Verlust
1929 . . . . .	0,6 Verlust	95,7 Verlust
1930 . . . . .	24 Verlust	133,9 Verlust

In dem Gutachten wird betont, daß es sich bei den errechneten Verlustziffern um *Mindestziffern* handelt. „Bei Anwendung strenger, sich an der Rentabilität der Zukunft orientierender Bewertungsmaßstäbe wäre die Unterbilanz auf 170 Millionen Mark angewachsen.“ — t.

## Arbeiterbank zahlt 5 Prozent Dividende.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. veröffentlicht einen außerordentlich günstigen Geschäftsabschluß. Sie hatte im Vorjahr vorsichtshalber keine Dividende ausgeschüttet und will nun 5 Prozent Dividende auf ihr Aktienkapital von 12 Millionen Mark ausschütten. Die Dividendensumme — dieses Mal also 600 000 Mark — geht bekanntlich fast vollständig an große Gewerkschaftsverbände.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Umsatz leicht erhöht, von 3,07 auf 3,15 Milliarden Mark. Auch die Einlagen haben sich etwas erhöht von 135,2 auf 135,5 Millionen Mark.

Ein verhältnismäßig sehr großer Teil der Einlagen ist flüssig angelegt. Die Arbeiterbank unterhielt am Jahres-schluß bei Banken 54 Millionen Mark Guthaben (im Vorjahr: 38,4 Millionen Mark). Diese Guthaben verteilen sich auf insgesamt 201 Banken, sodaß das Risiko gering ist. 86 Prozent der genannten Summe entfallen überdies auf Banken des Reichs, der Länder und sonstige öffentlich-rechtliche und gemischtwirtschaftliche Institute.

Von jeher beteiligt sich die Arbeiterbank an der Finanzierung des Wohnungsbaus. Infolge des Rückgangs der Bautätigkeit wurden 1932 nur noch rund 1000 Wohnungen gegenüber 2910 im Vorjahr durch Zwischenkredite finanziert.

Die Gesamtvergütungen an den aus zwei Personen bestehenden Vorstand betragen 72 000 Mark. Das ist weniger als im Vorjahr, wo sie 110 000 Mark betragen. Für eine Arbeiterbank ist es aber noch reichlich viel!

Die Gesamtzahl der Angestellten hat sich im Berichtsjahr von 231 auf 249 erhöht. Die Außenorganisation wurde durch Eröffnung einer selbständigen Zahlstelle in Leipzig ausgebaut.

Es ist erfreulich, daß die Arbeiterbank, soweit man aus den Ausweisen entnehmen kann, solide geführt wird und ebenso wie die Berliner Handelsgesellschaft und die Reichskreditgesellschaft für das abgelaufene Jahr 5 Prozent Dividende auszahlen kann. — t.

## KANADA

Wer darf sich an das kanadische Zolltarifamt wenden? Die Engländer behaupten: Das darf nach den Ottawa-Verträgen jeder englische Kaufmann. Der kanadische Ministerpräsident legt den Vertrag anders aus: Englische Händler sollen sich erst an ihre Regierung wenden; diese soll die Wünsche sieben und sich ihrerseits an das kanadische Zolltarifamt wenden.

Wer bestimmt die kanadischen Zollsätze? Die Engländer meinen: Das tut auf Grund der Ottawa-Verträge das kanadische Zolltarifamt; der kanadische Zolltarif baue sich in Zukunft auf dessen Empfehlungen auf. Der kanadische Ministerpräsident ist anderer Ansicht: Er hält es nicht für Sache des Zolltarifamtes, dem kanadischen Parlament Empfehlungen zu machen; seine Sache sei es nur, Tatsachen festzustellen.

## CEYLON

Zollkrieg mit England? Die englische Regierung verlangt einen Vorzugszoll von 10 Prozent auf eine Reihe wichtiger Waren. Der Staatsrat von Ceylon, eine in der Hauptsache durch öffentliche Wahlen zustandekommene Körperschaft, weigert sich. — Die Engländer protestieren; sie seien die besten Kunden Ceylons für Tee, Kokosnüsse und Kautschuk. Der Staatsrat verteidigt jedoch die Rechte der Armen. „Ihre Kleider auf dem billigsten Markt zu kaufen, möge es nun der japanische oder der englische Markt sein.“ — Was werden die Engländer tun? Tee ist zwar eine wichtige Einnahmequelle für Ceylon, aber — die meisten Teeplantagen gehören Engländern!

## ENGLAND

Gewinne zerrinnen: 1998 Gesellschaften haben im Jahre 1932, nach einer Statistik des „Economist“ 18 Prozent weniger verdient als 1931; 1931 hatten sie 22,5 Prozent weniger verdient als 1930.

# Dämmert es?

Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt (Leipzig) schreibt in ihrem Wirtschaftsbericht von Ende Januar, es sei bezeichnend, daß in zunehmendem Maße von beachtlicher Seite darauf hingewiesen wird, die unerläßliche Umsatzsteigerung müsse ihren letzten Erfolg versprechenden Ausgangspunkt unmittelbar beim Verbraucher nehmen, um von ihm über den Einzel- und Großhandel zunächst zur verarbeitenden Industrie und dann weiter zur Rohstoffherzeugung geführt zu werden. Dies vor allem auch deshalb, weil der Produktionsapparat selber einen neuerlichen Ausbau nur verträge, wenn die Aussichten einer Absatzbelebung die Hoffnung auf Ausnutzung derart zusätzlicher Leistungsfähigkeit rechtfertigen.

Sehr richtig!

## DEUTSCHLAND

Wie kann die Rentabilität der Landwirtschaft wieder hergestellt werden? „Letzteres scheint ausschließlich durch Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung möglich zu sein.“ schreibt der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels in einer Eingabe an den Reichsjustizminister. — Sehr richtig!

Große Getreidevorräte aus der Ernte 1932: Mitte Januar waren noch 43,7 Prozent des Winterweizens in den Händen der Landwirte; im Vorjahr, von der kleineren Ernte, waren es nur 31,4 Prozent. — Was tun?

Die Hühner sollen Weizen fressen: An Stelle von verbilligtem Mais sollen pro Huhn bis zum 1. Juli 10 Kilo verbilligter Hühnerweizen geliefert werden. Die Regierung hofft, so zusätzlichen Absatz für rund 3 Millionen Doppelzentner inländischen Weizen zu schaffen.

## USA

Ein neuer Baumwollplan: Die Regierung hat bisher 3,5 Millionen Ballen Baumwolle aufgekauft und eingelagert. Die Baumwollfarmer sollen aus diesem Bestand — so lautet der neueste Plan — zum gegenwärtigen Marktpreis Baumwolle kaufen dürfen, wenn sie ihre Produktion entsprechend vermindern. Sie brauchen die Baumwolle vorläufig nicht zu bezahlen und dürfen sie nach dem 15. August verkaufen. — Ein merkwürdiger Vorschlag, der vielleicht nur aus Agitationsgründen dem Kongreß noch rasch vor der Auflösung vorgelegt werden soll. Man nennt diesen Kongreß bereits „Kongreß der lahmen Enden“!

Gewinne zerrinnen: 375 industrielle Gesellschaften haben nach einer Statistik der National City Bank im Kalender- oder Geschäftsjahr 1932 rund 75 Prozent weniger verdient als 1931.

## RUMÄNIEN

Kontingentierungspolitik ruiniert die Wirtschaft: Eine Reihe rumänischer Fabriken, darunter führende Industrieunternehmen des Landes, müssen ihre Betriebe vorübergehend ganz oder teilweise stilllegen, weil sie keine Rohstoffe zur Verfügung haben. Ursache: Nur ungefähr 10 Prozent der Einfuhrsuche von Fabriken werden genehmigt. Rumänische Zeitungen melden, daß es dem Handel noch weit schlimmer gehe. Bisher seien nur verschwindend wenige Einfuhrsuche von Handelsunternehmen genehmigt worden. Die meisten rumänischen Zeitungen sind sich darüber einig, daß die rigorosen Einfuhrbeschränkungen zu Preissteigerungen wichtiger Waren führen werden, was in Anbetracht der niedrigen Massenkaukraft in Rumänien katastrophale Folgen haben kann.

## ITALIEN

Aluminium-Industrie wird aufgebaut: Im Jahr 1924 wurden in Italien erst 2000 Tonnen Aluminium erzeugt. Aus Rüstungsgründen fördert die italienische Regierung die Aluminium-Industrie. Erfolg: Die Produktion betrug im Jahre 1931 bereits 11 100 Tonnen, im Jahre 1932 sogar 13 400 Tonnen. — Was kostet das? Wer bezahlt das?

15)

# WIRTSCHAFTSWISSEN.

## Schmieden und Walzen.

### Vom Handhammer zur Schmiedepresse.

Der älteste unter den Stahlveredelungs-Prozessen ist das Schmieden, dessen Grundform der schwere Handhammer ist. Bereits 1839 wurde dieser durch den Dampfhammer ersetzt, der heute mit Fallgewichten bis zu 150 Tonnen so ziemlich die Grenze seiner Leistungsfähigkeit erreicht hat. Bei sehr großen Schmiedestücken dringt nämlich die Wirkung des Dampfhammers nicht tief genug bis in das Innere des Materials, sodaß die Veredelung keine vollständige ist. Man ist daher in neuerer Zeit mehr und mehr zu den sogenannten Schmiedepressen übergegangen, die unter Verwendung hydraulischen, durch Wasserpumpen erzeugten ungeheuren Preßdrucks von bis zu 10 000 Tonnen und mehr die glühenden Stahlblöcke im Gegensatz zu dem plötzlichen Dampfhammer-schlag langsam zusammenpressen, wobei eine durchgehend gleichmäßige Materialveredelung erzielt wird.

### Walzen, Walzenstraßen.

Einen großen Fortschritt in der Stahlverarbeitung bedeutete die um das Jahr 1800 herum erfolgte Einführung des Walzprozesses. Dieser Prozeß besteht im wesentlichen darin, daß der glühende Stahlblock von zwei sich mit einem gewissen Zwischenraum gegenüberstehenden, durch Zahnradübersetzungen in entgegengesetztem Drehsinne angetriebenen Walzen erfaßt und zwischen den Walzen hindurchgezogen wird. Dabei wird er auf das Maß des Walzenbestandes zusammengedrückt und neben einer stets in engen Grenzen bleibenden Breitung hauptsächlich in die Länge gestreckt. Meist wird die Formänderung nicht in einem einzigen Durchgange (Stich) durch die Walzen, sondern in einer ganzen Aufeinanderfolge solcher erzielt (Walzenstraßen).

Je nach den gewählten Stahlquerschnitten unterscheidet man Block-, Knüppel-, Träger-, Stab-, Mitteleisen-, Feineisen-, Blech- u. s. w. Straßen. Die Zähigkeit des glühenden Stahls gestattet nur ein gewisses Maß von Formänderung, ohne daß der Werkstoff zermüht und rissig wird. Auch der

Kraftbedarf wird wesentlich von der Größe der Formänderung (der Abnahme in einem Stich) ferner von der Walzgeschwindigkeit und der Temperatur des Stahles beeinflusst. Die Aufgabe des Walzwerkers ist es, bei der Festlegung der Zahl und Abmessung der verschiedenen Stiche, beim sogenannten Kalibrieren, alle diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen, sodaß die genauen gewünschten Formen bei hinreichender Durcharbeitung und Schonung des Materials mit dem geringsten Material-, Wärme- und Kraftaufwand erreicht werden. Vor allem spielt die Geschwindigkeit des ganzen Prozesses eine wichtige Rolle, damit der schnell abkühlende Stahl nicht während des Prozesses von neuem erwärmt zu werden braucht. Es ist kennzeichnend für moderne Hüttenwerke, daß sie einen großen Teil ihrer Stahlerzeugnisse in einem einzigen Wärmegang fertigstellen, daß also das den Hochofen verlassende flüssige Roheisen in einem ununterbrochenen Zug ohne neue Wärmezuführung, nur mittels der aus dem Hochofen mitgeführten Wärme den ganzen weiteren Hüttenprozeß über die Thomasbirne bis zum ausgewalzten Fertigprodukt durchläuft. In Anbetracht des schon erwähnten ungeheuren Materialumsatzes eines modernen Hüttenwerkes, dessen Hochöfen jahraus, jahrein ununterbrochen ihre tägliche Eisenleistung von je etwa 1000 Tonnen Roheisen ausspeien, ist der ebenso schnelle ununterbrochene Durchlauf des Materials durch Konverter- und Walzwerksbetrieb von grundlegender Wichtigkeit.

### Halbzeug und Fertigerzeugnisse.

Die das Hüttenwerk verlassenden Markterzeugnisse gliedern sich nach handelsüblicher Bezeichnung in Halbzeug und Fertigerzeugnisse. Unter Halbzeug versteht man solche je nach ihrer Form wieder in vorgewalzte Blöcke, Brammen, Platinen und Knüppel unterteilte Walzwerksprodukte, bei denen die Formgebung noch nicht bis zur Fertiggestalt durchgeführt ist, die also an anderer Stelle von neuem dem Schmiede- oder Walzprozeß durchlaufen müssen. Die Fertigerzeugnisse gliedern sich in Stabeisen (Quadrat-, Rund-, Flach-, Z-, L-, T-Eisen) und Formeisen (Doppel-T-, U-Eisen, Schienen, Bleche, Breitflanscheisen, Draht, Bandeisen und Röhren).

Besondere Zweige des Walzwerksbetriebs stellen die Draht- und Röhrenwalzwerke dar. Die Drahtwalzstraßen laufen entsprechend den kleineren Materialquerschnitten mit erheblich größerer Geschwindigkeit. Draht wird bis zur Dicke von 5 mm gewalzt. Darunter liegende Querschnitte werden durch den Ziehprozeß erzeugt: der Draht wird durch stufen-

weise enger werdende Öffnungen hindurchgezogen. Unter den Röhrenwalzwerken gewinnt gegenüber dem älteren Verfahren der Stumpfschweißung das neuere Mannesmann-Verfahren immer größere Bedeutung. Es erzeugt durch einen komplizierten Walzprozeß mittels eigenartig gegeneinander versetzter Walzen nahtlose Stahlrohre (im sogenannten Schrägwalzverfahren).

Die vorgenannten das Hüttenwerk verlassenden Erzeugnisse bilden, soweit sie nicht etwa als Eisenbahnschienen oder Schwellen, ferner als Profileisen im gesamten Bauwesen, als Bleche im Schiffbau u. s. w. unmittelbare Verwendung finden, ihrerseits die Grundlage und den Ausgangspunkt der vielseitigen Zweige der weiterverarbeitenden Eisenindustrie.

### Sonderindustrien.

Ausgedehnte Sonderindustrien, die sich mit der Herstellung von Bolzen, Schrauben, Muttern, Waggonbeschlagteilen, Automobilteilen und ähnlichem befassen, beruhen auf dem sogenannten Gesenkschmeldeverfahren, bei dem die endgültige Formgebung des Stahlgegenstandes durch Hineinhämmern oder Pressen des Stahles in vorbereitete Formen erfolgt.

Ein anderer weit verästelter Zweig geht von dem Halbfabrikat des Rund-, Vierkant- oder Profildrahtes aus und erzeugt Drahtseile, Nägel, Holzschrauben, Stacheldraht, Drahtgewebe u. s. w. Bei der Bandstahlerzeugung (Rasierklingen, Uhrfedern) wird das vorbehandelte Material schließlich zwischen geschliffenen Walzen von großer Härte durchgeführt. Vielseitige maschinelle Operationen mit besonderen teilweise walzwerksähnlichen Maschinengattungen zum Scheren, Hobeln, Biegen, Schmieden u. s. w. erfordert die Blechverarbeitung, zum Beispiel für Schiffbau und Kesselbau. Einen besonderen Zweig bildet die Blechwarenindustrie, deren Erzeugnisse wie Töpfe, Kannen, Deckel, Wannen u. s. w. durch den Prozeß des Präzisions mittels Kurbel- oder Ziehpressen hergestellt werden, wobei ein in eine Matrize eindringender Stempel die gewünschte Form ausbildet. Weitere wichtige Zweige der eisenverarbeitenden Industrie erstrecken sich auf die Fabrikation folgender Gattungen von Erzeugnissen: Federn, Ketten, Werkzeuge, Nadeln, Messer und Scheren, Handwaffen. Sie alle beziehen ihren Rohstoff vom Hüttenwerk und verleihen ihm auf Grund besonderer teilweise auf sehr langer Erfahrung beruhender Spezialverfahren die dem produzierten Fertigprodukt entsprechende letzte Formgebung und Materialqualität. B. K.